

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.



Erscheint jeden Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Stützpunkt)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Formalprüfer: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 101/102.

Berlin, Sonnabend, 22. Dezember 1917.

Remunndvierzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis.

Weihnachten. — Konferenz der Hauptvorstände der Deutschen Gewerksvereine. — Der Volksbund für Freiheit und Vaterland. — Gesundheitspflege auf dem Lande. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands-Literatur. — Anzeigen.

## Kollegen und Kolleginnen!

Der Quartalswechsel naht, und mit ihm treten wir erneut mit der Aufforderung an Euch heran, dafür zu sorgen, daß der Leserkreis des „Gewerksverein“ vergrößert wird. Die immer näher rückende

## Uebergangswirtschaft

wird an die Organisationen der Arbeiter ungeheure Anforderungen stellen. Die uns bevorstehenden großen Aufgaben können nur durch

### tätige Mitarbeit

aller vorwärtstrebenden und intelligenten Kollegen und Kolleginnen gelöst werden. Diese aber wiederum müssen über alle Vorgänge im sozialen und wirtschaftlichen Leben genau und im Sinne unserer Anschauungen und Bestrebungen unterrichtet werden. Das geschieht am besten durch das

## „Der Gewerksverein“.

Wer also unsere Sache fördern, gleichzeitig damit aber den Interessen der deutschen Arbeiterschaft im allgemeinen dienen will, der trage mit dazu bei, daß auch im neuen Vierteljahr eine möglichst große Zahl neuer Abonnenten gewonnen wird. Und derjenige widmet sich dieser Aufgabe am erfolgreichsten, der selbst das Abonnement- und Bestellgeld einjammelt und die Adressen der neu gewonnenen Bezahler beim zuständigen Postamt ausgibt.

## Tue jeder seine Pflicht,

und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Der Preis für das Abonnement beträgt für das ganze Vierteljahr nur 75 Pf., dazu 12 Pf. Bestellgeld für regelmäßige Zustellung durch den Briefträger.

## Weihnachten.

Das vierte Mal während des Krieges rüstet sich das deutsche Volk zum Weihnachtsfest. Vor drei Jahren haben die Festredner auf den Weihnachtsfesten, die zu einer schönen Sitte in den Gewerksvereinen geworden sind, nach ihrer innersten Ueberzeugung die Anwesenden damit getröstet, daß solche Kriegswihnachten nicht wiederkehren würden. Keiner der kriegführenden Staaten werde das aushalten können. Es ist anders gekommen: Das Unglaubliche ist zur Tatsache geworden. Wir befinden uns bereits im vierten Kriegswinter, und die Weihnachtsbotschaft: Friede auf Erden! hat sich trotz unseres sehnlichen Wunsches noch immer nicht erfüllt.

Aber unsere Hoffnungen auf das Ende des grauamen Krieges sind in diesem Jahre doch größer und berechtigter als je vorher. Als im Dezember 1916 der deutsche Kaiser und die ihm verbündeten Herrscher ihr Friedensangebot an die feindlichen Mächte erließen, da wurde die Friedens-

hand von jener Seite in gebührender und schmeichelnder Weise zurückgewiesen. Ten feindlichen Mächtern genühten noch nicht die Berge von Leichen, die sich auf den Schlachtfeldern aufgetürmt hatten, ihnen war das Meer der Strümpel noch nicht groß genug. Es mußten erst noch mehr wirtschaftliche Existenzen vernichtet, noch reichere Kulturwerte zerstört werden. Die Hoffnung, die uns alle am vorigen Weihnachtsfeste belebte, erwies sich als trügerisch. Weitere blutige Opfer mußten gebracht, härtere Entbehrungen getragen werden. Aber auch die Hoffnungen unserer Feinde, uns niederwerfen zu können, sind wie Seifenblasen zerprungen. Zu Gegenteil, die militärische Lage ist für sie ungünstiger geworden als je. Was aber das Wichtigste ist: Der Zarismus liegt, tödlich getroffen von den wichtigen deutschen Schlägen, zerrummert am Boden. Nach mannigfachen Wechseln ist im östlichen Nachbarreiche eine Regierung aus Aender gelangt, die sich ernstlich um die Wiederherstellung des Friedens bemüht. Ihr Streben ist gerichtet auf einen allgemeinen Frieden. Wollen ihre bisherigen Verbündeten aber darauf nicht eingehen, so schreit sie auch vor einem Sonderfrieden nicht zurück. Der Waffenstillstand zwischen Rußland und den verbündeten Zentralmächten ist bereits zum Abschluß gelangt; die Friedensverhandlungen sind im Gange, und wir hoffen schließlich und zuversichtlich, daß auf beiden Seiten soviel Verständnis für die Not der Völker vorhanden ist, daß uns nicht wieder eine neue Enttäuschung bereitet wird. Jetzt man auf beiden Seiten verständnisvolles Entgegenkommen, gelinigt es damit, die Verhandlungen zu einem friedlichen Abschluß zu bringen, dann kann diese Tatsache ihren Eindruck auch auf die anderen Länder nicht verfehlen, dann werden auch in den übrigen am Kriege beteiligten Völkern ihre vorläufig von Kriegswut noch überschäumenden Staatsmänner zur Vernunft gebracht oder zum Teufel gejagt werden.

Wenigstens ein Schimmer der Friedenshoffnung verspüren wir an diesem Weihnachtsfeste, und die Hoffnung belebt uns, daß sie bald in voller Gewalt ihre Strahlen über uns entenden wird. Freilich sind wir damit noch nicht heraus aus der Tiefe der Not, in die uns dieser gewaltige Krieg geführt hat. Weiter werden wir noch das vollgereichte Maß von Entbehrungen tragen müssen, das uns die enghischen Ueberunasmassnahmen aufgezungen haben. Aber wir werden die von uns verlangten unvermeidlichen Opfer leichter tragen in dem Gedanken, daß das Ende dieser harten Zeit näher gerückt ist, und die deutschen Arbeiter werden freudig alles aufbieten, wenn unsere Feinde sich weigern, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, um ihren kämpfenden Brüdern dasjenige zu liefern, was sie in den Stand setzt, wenn es nicht anders geht, durch die Gewalt der Waffen dem Feinde die Ueberzeugung einzubämmern, daß das deutsche Volk nach wie vor alles zu tun fest entschlossen ist, was seine Sicherheit und seine friedliche Weiterentwicklung für die Zukunft gewährleistet. Und das gute Recht, das wir auf unserer Seite haben, wird uns endlich doch den Sieg bringen, auf den wir nun schon so lange gehofft haben.

Friede auf Erden! Dieses Weihnachtswort ist der Verwirklichung näher gebracht, und diese Tatsache läßt uns das Fest dieses Mal mit anderen Gefühlen begehen als die letzten Jahre. Wenn auch die schmerzlichen Verluste, die viele von uns erlitten haben, die echte Feststimmung nicht aufkommen lassen, wenn auch in unsern Ortsvereinen die gemüthlichen Weihnachtsfeiern nicht in der Weise stattfinden können wie in der Friedenszeit,

der Ausblick auf eine bessere Zukunft ist doch verheißender als im Vorjahre. Wir nähern uns der Zeit, da wir unsere Lieben wieder daheim haben werden, wo sie mit uns ihrer friedlichen Beschäftigung wieder nachgeben können. Das gibt uns Kraft für die Zeit der Prüfung, die wir noch durchzumachen haben. Der Gedanke an die Friedenszeit legt uns aber auch Verpflichtungen auf. Jetzt schon müssen wir daran denken, uns zu rüsten für die Schwierigkeiten, die der Uebergang vom Krieg zum Frieden unweigerlich im Gefolge haben muß. Die deutschen Arbeiterorganisationen haben während des Krieges alles getan, was geeignet war, die Leiden der Menschheit zu lindern, und die Deutschen Gewerksvereine haben, getreu ihren Grundsätzen, es nicht daran fehlen lassen, tätige Mitarbeit zu leisten. Es gibt kein Gebiet der Sozialpolitik, kein Feld der öffentlichen Wohlfahrtspflege, auf dem sich die Vertreter der Arbeiterorganisationen nicht betätigt hätten. Nicht immer ist es gelungen, das Gute vollkommen durchzuführen. Das aber kann behauptet werden, daß durch die Mitwirkung der Arbeitervertreter manches Schlechte verhütet und manches Segenreiche angebahnt worden ist. Das soll und muß auch in der Uebergangswirtschaft geschehen. Dazu aber ist es erforderlich, daß die Arbeiterorganisationen ein gehöriges Gewicht in die Waagschale zu werfen haben. Auch unsere Weihnachtsbetrachtungen können wir deshalb nicht abschließen, ohne an die Kollegen die eindringliche Mahnung gerichtet zu haben, auch ihrerseits alles daran zu setzen, um die Organisation innerlich zu festigen und durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Damit rüsten wir uns am besten auf die Friedenszeit und legen die Grundlage für eine bessere Zukunft. An den Weihnachtsfesten bietet sich Gelegenheit, im Kreise von Freunden und Bekannten für die Organisation zu werben. Es darf eben keine Möglichkeit verjümt werden, neue Anhänger für unsere Ideen zu gewinnen, die sich gerade in dieser harten Prüfungszeit so herrlich bewährt haben. Wer auch die Weihnachtsfeierlage dazu benützt, im Sinne unserer Anschauungen zu wirken, wer daran denkt, neue Mitkämpfer zu gewinnen, der trägt mit dazu bei, die Zukunft, die an sich noch schwer genug zu ertragen sein wird, leichter und angenehmer zu gestalten. Wer sich dessen bewußt ist und seine Tätigkeit danach einrichtet, der wird mehr als sonst einen Hauch von jener Weihnachtsstimmung spüren, die treue Pflichterfüllung verschafft. Deshalb verknüpfen wir mit dem Wunsche, daß dieses Weihnachtsfest die Hoffnungen, die wir darauf setzen, in vollem Maße erfüllt, die Bitte, nichts unversucht zu lassen, was zur Ueberbrung und Stärkung unserer Organisation beitragen geeignet ist.

## Konferenz der Hauptvorstände der Deutschen Gewerksvereine.

Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß wir der Uebergangswirtschaft von der Kriegs- zur Friedenszeit näher gekommen sind. Viele Aufgaben gibt es da zu bewältigen, denen wir gewappnet gegenüberstehen müssen. Es gilt schon jetzt Vorkehrungen zu treffen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterorganisationen nach Friedensschluß den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der kommenden Dinge auszuüben in der Lage sind. Die dem Zwecke vor allem dienliche Hauptvorständekonferenz, die der geschäftsführende Ausschuss zum 14. und 15. Dezember nach Berlin einberufen hatte.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete

ein Vortrag des Verbandsvorstandes Kollegen Hartmann über die Mitglieberbewegung in den Deutschen Gewerkschaften und die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitersekretariaten. An der Hand einer ausführlichen Statistik erläuterte der Redner die Mitglieberbewegung während des Krieges in den verschiedenen Organisationen und zog daraus die notwendigen Schlussfolgerungen. Wohl hat der Mitglieberrückgang erfreulicherweise einer kräftigen Aufwärtsbewegung wieder Platz gemacht. Indessen könne und müsse überall noch viel mehr geschehen, wenn auch nicht die Schwierigkeiten verkannt werden sollen, die namentlich in den der Rüstungsindustrie fernstehenden Erwerbszweigen der Mitgliebergewinnung entgegenstehen. Die Werbearbeit könne wesentlich erleichtert werden, wenn es uns möglich wäre, in den verschiedenen Landesteilen Verbandsarbeitersekretariate zu gründen. Darüber wie dieser Plan durchgeführt werden könnte, gab Kollege Hartmann praktische Aufschlüsse.

Seine Anregungen und Hinweise führten zu einer sehr regen Aussprache, in der volle Uebereinstimmung mit den gemachten Vorschlägen zutage trat und namentlich auch eine regere Tätigkeit seitens der Ortsverbände als notwendig hingestellt wurde. Ferner wurde allgemein anerkannt, daß die Verbindung der Hauptleitungen mit den Ortsverbänden und Ortsvereinen unter allen Umständen und soweit die vorhandenen Kräfte reichen, dauernd aufrecht zu erhalten ist, sowohl durch persönliches wie auch schriftliches Eingreifen. Zur wirksamen Förderung der Gewerkschaften und Vertretung der Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern und der Öffentlichkeit soll der Plan, an geeigneten Orten Verbandssekretariate zu errichten, durchgeführt werden, wenn die durch Verbandsratsbeschlüsse festgesetzten Grundlagen vorhanden sind und die Hauptleitungen Zuschüsse leisten. In geeigneten Fällen sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen mehrere Gewerkschaften über die gemeinsame Anstellung eines Geschäftsführers einig sein. Den Ortsverbänden sollen durch den geschäftsführenden Ausschuss dauernd Anregungen und Aufklärung über ihre Aufgaben erteilt werden. Unter Trauung der Kosten durch die kleineren Gewerkschaften, denen agitatorische Kräfte fehlen, erklärt sich der geschäftsführende Ausschuss bereit, einen seiner Anstellungen in besonderen Fällen zur Verfügung zu stellen. Zur Heranbildung eines agitatorisch leistungsfähigen Nachwuchses wurde den Hauptvorständen ans Herz gelegt, geeignete Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zunächst mit kleineren Rekrutierungsaufträgen, dann aber auch mit größeren Aufträgen in Versammlungen zu betrauen. Endlich soll darauf hingewirkt werden, daß zu den Versammlungen, in denen ein Agitationsvortrag gehalten wird, nicht nur die Mitglieder des betreffenden Ortsvereins, sondern die des ganzen Ortsverbandes und möglichst auch unorganisierte Kollegen eingeladen werden.

Weiter beschäftigte sich die Konferenz nach einem einleitenden Referat des Kollegen Gleichauf mit der Frage, wie es möglich sei, die verschiedenen auf freiwirtschaftlich-nationalem Boden stehenden Verbände der Arbeitnehmer zu einem engeren Zusammenarbeiten und zu gemeinsamen Rundgebungen zusammenzubringen.

Das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften nach dem Kriege behandelte in einem ausführlichen Vortrage der Kollege R. Schumacher. Nach einer gründlichen Schilderung der allgemeinen Lage, wie sie sich nach Friedensschluß voraussichtlich gestalten wird, wies der Referent auf die Notwendigkeit hin, daß auch das Unterstützungswesen diesen veränderten Verhältnissen angepaßt werden müsse. Da werden sich Verhältnisse zeigen, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben, die für die Organisation etwas Neues, Ungeheures bedeuten. Auf der einen Seite das Weiterbestehen der Leertiere und die Entwertung des Geldes, auf der andern Seite Verjüngung der Lohnrückstände. Hand in Hand damit gehen wird zunächst eine Ueberfülle von Arbeitsmarktes durch die aus dem Felde heimkehrenden, die Hilfsdienstpflichtigen und Frauen. Die Anforderungen an die Organisationen werden namentlich bei Streit- und Arbeitslosenunterstützung sehr erhebliche sein. An eine Kürzung der Unterhaltungen, wie sie bei Kriegsausbruch notwendig war, sei dann nicht zu denken. Selbst ihre bisherige Höhe werde nicht als genügend angesehen werden können. Es müsse vielmehr für einen Ausgleich gesorgt werden. Deshalb müßten die Organisationen zunächst alles aus dem Unterstützungswesen ausmerzen, was nicht durch die Satzungen festgelegt ist. Eine Erhöhung der

Unterstützungsleistungen sei wünschenswert, könne aber nur durchgeführt werden, wenn auch eine Beitragserhöhung vorgenommen wird. Wo sich diese als notwendig herausstellen, müsse sie möglichst noch während der Kriegszeit vorzunehmen werden. Weiter hätten die Organisationen aber darauf hinzuwirken, daß auch die Behörden ihre Schuldigkeit tun, daß sie für die erste Zeit Notstandsarbeiten bereitstellen, das Arbeitsnachweiswesen zweckmäßig gestalten, daß die Schlichtungsausschüsse beibehalten und vor allen Dingen Maßnahmen getroffen werden, das Wirtschaftsleben möglichst in Fluß zu erhalten. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge werde nicht zu ungenügen sein.

Auch dieser Vortrag rief eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache hervor, die zu erkennen gab, daß in den einzelnen Berufen die Verhältnisse recht verschiedenartig gelagert sind. Als Ergebnis der Beratungen wurde festgestellt, daß wenn infolge des gesunkenen Geldwertes eine Erhöhung der satzungsgemäßen Unterhaltungen beschlossen werden soll, dies nicht ohne eine ausgleichende Beitragserhöhung geschehen dürfe. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird empfohlen, eine Abtufung der Beiträge und Unterstützungen nach oben einzuführen, soweit das nicht bereits geschehen ist, damit es den Mitgliedern möglich gemacht wird, Beiträge nach ihrer Leistungsfähigkeit zu zahlen und sich demgemäß Unterhaltungen in angemessener Höhe zu sichern. Alle Unterstützungen, die außerhalb des Rahmens der Satzungen liegen, sollen nicht von den Hauptkassen getragen, sondern von besonderen Fonds oder Lokalkassen, die dementsprechend gestärkt werden müssen, übernommen werden.

Aus dem Verlauf der Verhandlungen ging hervor, daß die antretenden Führer der Gewerkschaften die den Organisationen bevorstehenden Schwierigkeiten in vollem Maße zu würdigen wissen. Ebenso deutlich aber trat auch aus allen Ausführungen die Ueberzeugung zutage, daß es gelingen wird, aller Seemanns Herr zu werden, wenn alle Kräfte angepannt werden und jeder Einzelne in der Organisation seine Schuldigkeit tut. Diesem Gedanken gab auch der Kollege Raab in seinem Schlußwort lebhaften Ausdruck. Hoffen wir, daß die an diese Konferenz geknüpften Erwartungen sich in vollstem Maße verwirklichen lassen im Interesse unserer Organisation und zum Segen der deutschen Arbeiterschaft überhaupt.

### Der Volksbund für Freiheit und Vaterland,

über dessen Gründung wir bereits berichtet haben, ist jetzt an die breite Öffentlichkeit getreten mit folgendem

## Aufruf!

Ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen, ist uns in mannigfachen Kundgebungen der Regierung als unsere deutsche Zukunft bezeichnend worden.

Nur diese Lösung vermag unser Volk wahrhaft zu empfangen. Äußere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft hängen zusammen. Nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, ist machtvoll nach außen. Innerer Neuaufbau und äußere Kraftentfaltung der Nation sind nicht zu trennen. Das verkennen alle, welche diese Neuordnung verschließen zu dürfen glauben, statt sie unmittelbar und lebendig aus dem Kriege selbst gehen werden zu lassen, wie dereinst auch unser Reich mitten im Kriege geboren wurde.

Der vierte Kriegswinter heischt diese Forderungen lauter als je. Gebieterischer als jemals verlangt er den inneren Zusammenschluß der Nation. Vor allem rechnen wir dazu: klare Einheit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung.

Im einzelnen bedürfen wir erstens angesichts des heute noch nicht gebrochenen Vernichtungswillens unserer Feinde einer äußerlichen Zusammenfassung unserer Kräfte, bis jener Vernichtungswille gebrochen ist;

zweitens der sofortigen innerpolitischen Neuordnung, eines freiwirtschaftlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volksteile, um so die Kraft des Volkes zu stärken, die Freudigkeit zu steigern, einer reformwilligen Regierung die Stütze eines festen Volkswillens zu geben, und die notwendigen Folgerungen aus dem Wesen des modernen Staates zu ziehen, die heute jede Nation im Zusammenhang ihrer Entwicklung ziehen muß;

drittens einer klaren, von Volk und Regierung getragenen Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabsatz sichert und Leben, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Gerechtigkeit und des Rechtes stellt.

Alle, die mit uns eines Sinnes sind, fordern wir auf, sich uns zu scharen. Unter dem Zeichen von Vaterland und Freiheit ist ein deutscher Volksbund entstanden, der die innere und äußere Freiheit, Glück und Ansehen des Vaterlandes auf seine Fahne geschrieben hat. Wir sind keine Partei und kein parteiähnliches Gebilde. Wir wenden uns an alle von der Rechten bis zur Linken, die es ernst meinen mit der Zukunft des deutschen Volkes.

Diese Erklärung ist die Stimme des arbeitenden Volkes, das der Stern aller deutschen Tapferkeit und Aufrichtigkeit ist. Sie ist beileidet von der Zustimmung zahlreicher Vertreter aller anderen Stände, die nur in der Einigkeit mit dem großen und breiten Volke eine starke Politik für möglich halten.

Ein wahrhafter Volksbund sind wir, der aus dem ungebrochenen Lebenswillen des deutschen Volkes geboren wurde. Nur in der Vereinigung kluger Realpolitik und volkstümlich-freieitlicher Staatsordnung erblicken wir die Grundlagen eines modernen Großstaates. Die Eingliederung dieses neuen Deutschland in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achtenden und anerkennenden Kulturstaaen ist eines unserer vornehmsten Ziele. Diese freie und zugleich starke Bestimmung soll unser Bund verbreiten. Wer mit uns arbeiten will, der sei willkommen!

- Ausschuss des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses.
  - Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
  - Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
  - Interessengemeinschaft deutsch. Beamtenverbände.
  - Verband der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.).
  - Verband deutscher Eisenbahn-Schaffner und Arbeiter.
  - Verband deutscher Handlungsgehilfen.
  - Berein der deutschen Kaufleute.
- Der Aufruf ist ferner unterzeichnet vom Vorstand, Arbeitsrat und Ausschuss. Unter den Vorstandsmitgliedern befindet sich unser Kollege Hartmann, unter dem Ausschussmitgliedern die Kollegen Klein und Strubelt.

### Gesundheitspflege auf dem Lande.

Es liegt ein gewisser Widerspruch in dem Artikel 4 § 1 des Entwurfs eines preussischen Wohnungsgesetzes, nämlich darin, daß dieser Paragraph vorsieht, daß in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ein Wohnungsausschuss zur Durchführung der Wohnungsaufsicht zu errichten ist und daß er, hieran anknüpfend, es jeder, auch der kleinsten Gemeinde zur Pflicht machen will, die Aufsicht über das Wohnungswesen durchzuführen. Es ist hier nach zweifellos, daß eine ordnungsmäßige Kontrolle der Wohnungen, namentlich der Kleinwohnungen, nur für die Großstädte sichergestellt erscheint, während die Aufsicht in Orten mit weniger als 100 000 Einwohnern und namentlich also auch die ländliche Wohnungsaufsicht durch die so allgemeine Form des Hinweises auf das Pflichtbewußtsein der Gemeindeverwaltungen wohl nur auf dem Papier stehen bleibt.

Hochschulprofessor Dr. Schmittmann hat unlängst in der „Köln. Sta.“ auf diesen Mangel in dem Entwurf des Wohnungsgesetzes hingewiesen. Er glaubt, daß nur eine für alle Orte durchgeführte, eigens zu diesem Zweck eingerichtete Wohnungsaufsicht zu dem erstrebten Ziele führen kann. Er knüpft an die genügend festgestellte Tatsache an, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande, sowie in den kleineren und mittleren Städten vielfach ebenso unangenehm sind wie in der Großstadt mit ihren Mietkavernen. Nur ist die Wohnungsfrage dort mehr eine Qualitätsfrage, in der Großstadt mehr eine Quantitätsfrage. Auf dem Lande und in der kleineren Stadt wirken Eradition, vollständige Unkenntnis der Wohnungshygiene und mangelnde Wohnungspflege zusammen, um geradezu erschreckende Zustände im Wohnungswesen zu erzeugen. Schmittmann bemerkt dann weiter:

„Durch solche Verhältnisse wird die Lebenskraft der Landbevölkerung untergraben. Es ist dies für die allgemeine Volkskraft noch verhängnisvoller als die Schädigung der Großstadtbewölkerung, weil Land- und Kleinstadt weit mehr als die Großstadt den Nachwuchswachstum der Nation heranziehen müssen. Gerade nach den großen Blutopfern des Krieges tritt diese Aufgabe von Land- und Kleinstadt mehr noch als bisher in den Vordergrund und erheischt dringend bessere Pflege der unwürdigen Volkskraft.“

Die schlechten Wohnverhältnisse des Landes sind aber zugleich auch verhängnisvoll für die Großstadt, da auf dem Lande mindestens ebenso wie in der Stadt die schlechten Wohnsituationen erworben werden und so die Abwanderer vom Lande keinerlei besserndes Element in das großstädtische Wohnwesen hineinbringen; sie werden dort widerstandslos in das allgemeine Wohnungsleben hineingezogen.

Die ländliche Volkskraft ist aber nicht nur bedroht durch die schlechten Wohnverhältnisse, sondern ebenso sehr durch die ungenügende hygienische Versorgung des Landes. Es stellt sich dabei immer mehr das Bedürfnis nach einer Quantitäts- und Organisationsfrage heraus. Es wird fortwährend in den Landkreisen die allgemeine Gesundheitspflege organisiert, weiterhin die Säuglingspflege, die Wöchnerinnen- und Tuberkulosefürsorge. Diese Bestrebungen aber haben bisher noch nicht den gewünschten durchschlagenden Erfolg gehabt, weil es den Landkreisen an Personalkräften fehlt, die in intensiver Kleinarbeit die bei anderen Behörden zur Verfügung stehenden Mittel heranzuziehen verstehen. Die Hilfsmittel der Sozialversicherung werden für das Land nicht genügend dienlich gemacht, weil ihm die Organe fehlen, die ausreicht und vermittelnd zwischen der Bevölkerung und den Versicherungsträgern stehen. Die Millionen, die alljährlich seitens der Versicherungsanstalten für Heilfürsorge aufgewandt werden, gehen spurlos am Lande vorüber. Reichlich liegen die Verhältnisse für die Klein- und Kleinstadt. Es ist schon oft auf das Beispiel hingewiesen worden, daß einzelne größere Städte für sich allein mehr an Heilfürsorge durch die Landesversicherungsanstalten erhalten als ganze Regierungsbezirke einschließlich ihrer Klein- und Mittelbezirke zusammen.“

Schmittmann geht dann zu einem praktischen Vorschlag über, indem er schreibt:

„Will man nun die Gesundheitsverhältnisse des Landes und der kleineren Städte heben und die bestehenden hier in Frage kommenden Gebiete gleichzeitig erfassen, dann nimmt man am besten die Wohnungsfrage zum Ausgangspunkt, denn in der Wohnung laufen die Fäden der Familien zusammen; hier kann man am besten alle Familienmitglieder erfassen: die Mutter und den Säugling, die Kinder und die Erwachsenen, die Kranken und die Gesunden; hier kann man auch am leichtesten die Quelle der Gefahren und Vorkäuflichkeiten aufdecken, die abzuwehren Fürsorgemaßnahmen erfordern, somit die Gefahr beseitigen und der Landflucht entgegenwirken. Es ist darum ebenso notwendig wie für die Großstadt und für das Land und die kleinere Stadt, daß eine auf ausgedehnte Wohnungsfrage einsetzt. Diese ist hier zu unterscheiden, daß sie einerseits das Material der gesundheitlichen Fürsorge darstellt. Damit sie dies oder leisten kann, muß sie einen festen, autoritativeren Mittelpunkt haben in einem Wohnsaal. Neben ein Wohnsaal, dann haben wir ein Wohlfahrtsamt, dann haben wir auf dem Lande eine so notwendige Zentralstelle, welche die Wohnlagen der sozialen Gesundheitspflege auch an die Land- und Kleinstadtbewölkerung vermittelt.“

Da hoffentlich in der gegenwärtigen Laune des preussischen Abgeordnetenhauses der Wohnungsfrage ein besonderes Interesse entgegengebracht wird, so erlaube ich die Vorschläge von Schmittmann noch rechtzeitig für eine Berücksichtigung. Das preussische Vorgehen in der Einführung von Wohnsängern würde gewiß in anderen deutschen Staaten bald Nachahmung finden.

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 21. Dezember 1917.

**An die Ortsverbandsvorstände!** Die Schriftführer unserer Ortsverbände haben in diesen Tagen als Druckachsendung eine Anzahl Formulare erhalten, deren genaue Ausfüllung und pünktliche Einsendung dringende Pflicht eines jeden Ortsverbandes ist. Die Sendung enthält:

1. Formular zur Anmeldung der neugewählten Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes;
2. Formular für den Jahresabschluss des Ortsverbandes und
3. Fragebogen für die Statistik des Ortsverbandes.

Die Anmeldung der neu- und auch der wiedergewählten Vorstandsmitglieder hat umgehend nach erfolgter Wahl zu erfolgen. Bis

spätestens den 31. Januar 1918 muß das Formular in den Händen des geschäftsführenden Ausschusses sein. Deutliche Handschrift ist notwendig. Die richtige und rechtzeitige Anmeldung des Vorstandes ermöglicht erst eine schnelle und sichere Erledigung der Korrespondenz. Sie dient ferner zur rechtzeitigen und vollständigen Fertigstellung des Verbandsadressenverzeichnisses pro 1918. Es darf kein Ortsverband mit den Vorstandsmeldungen fehlen! Jedes Fragezeichen im Adressenverzeichnis ist ein Hindernis für die Agitation und bildet für das ganze Jahr ein Zeichen, daß der Ortsverbandsvorstand seine Pflicht nicht erfüllt hat.

Dasselbe gilt sinngemäß auch für die Ausfüllung und Einreichung der anderen beiden Formulare. Sie dienen im wesentlichen der Statistik, sollen aber auch die Grundlage bilden für einen ausführlichen Bericht über die wirkliche Arbeit in den Ortsverbänden. Den abwärts stehenden Ortsvereinen und den unorganisierten Arbeitnehmern beiderlei Geschlechts soll gezeigt werden, wie bitter notwendig die Vertretung der lokalen Interessen der Arbeiter als Konsumenten und Produzenten gerade in der jetzigen Zeit ist und wie wirksam der Saub- und die Förderung der Rechte und Interessen der Arbeiter seitens der Mehrzahl der Ortsverbände wahrgenommen wurde. Kein Ortsverband darf bei dieser Beweisführung fehlen!

Besonders für das kommende Geschäftsjahr 1918 ist treue Pflichterfüllung unserer Ortsverbände dringend vonnöten. Das kommende Jahr bringt uns hoffentlich den Frieden. Die Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden wird auch für die Arbeiterklasse neue Verhältnisse zeitigen. Da müssen die Ortsverbände als wichtige Teile unserer Organisation auf dem Posten sein und sich eine sichere Grundlage für eine wirksame Tätigkeit schaffen. Der geschäftsführende Ausschuss erwartet, daß die gewissenhafte, vollständige und schnelle Ausfüllung und Einreichung der Formulare ein sicheres Zeichen für eine arbeitsreiche, erfolgreiche Tätigkeit unserer Ortsverbände ist. Die Ortsverbände, welche ihre Pflicht nicht erfüllt haben, müssen später im Organ genannt werden.

**Zur Beachtung für die Organempfänger!** Wie vor jedem Quartalswechsel, so ist auch diesmal in den letzten Tagen uns noch eine ganze Reihe von neuen Adressen, an die der „Gewerkverein“ im kommenden Vierteljahr geschickt werden soll zugegangen. Diese Wünsche können leider nicht mehr berücksichtigt werden, da die Adressen von uns dem Postzustellungsamt bis Mitte Dezember gemeldet sein müssen. Was später eingegangen ist, muß so bleiben, wie es war. Wo es sich jedoch um dieselbe Person handelt und nur eine Wohnungsveränderung stattgefunden hat, kann dort beim zuständigen Postamt davon Mitteilung gemacht werden. Dann wird das Verbandsorgan auch in die neue Wohnung geliefert. In allen anderen Fällen muß es bis zum 1. April bei der alten Adresse bleiben. Im Laufe des Vierteljahres ist eine Änderung nicht möglich.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir nochmals daran erinnern, daß für jedes gelieferte Exemplar des „Gewerkverein“ bei der ersten Zustellung im neuen Vierteljahr ein Bestellgeld von 12 Pf. zu zahlen ist, das aus örtlichen Mitteln, Lokalkassen, Bildungsfonds usw., aufgebracht werden kann. Wer nicht zu Hause ist, muß seiner Frau das Geld rechtzeitig zu diesem Zwecke übergeben oder es sonstige bereitlegen, weil sonst die pünktliche und rechtzeitige Zustellung unterbrochen wird oder ganz unterbleibt.

Im Interesse der Sache eruchen wir dringend darum, diese Fingerzeige zu beachten, damit das Verbandsorgan in alle Hände kommt und für Verbreitung und Vertiefung der Gewerkevereinsideen Sorge getragen wird.

Die Zentralratsitzung am 14. Dezember eröffnete der Vorsitzende, Kollege Kleinfuß, mit der Begrüßung einer Anzahl Gäste, worauf der Verbandsvorsitzende, Kollege Hartmann, verschiedene Mitteilungen aus dem geschäftsführenden Ausschuss machte. Die Feuerwehrlente der Kaiserlichen Werk in Wilhelmshaven haben den Antrag auf Aufnahme in den Verband der Deutschen Gewerkevereine gestellt. Diesem wurde zugestimmt. Weiter berichtete der Verbandsvorsitzende über mehrere Eingaben, u. a. auch über eine solche an den Eisenbahnminister zwecks Herabsetzung der Schnellzugzuschläge. Dieselbe ist leider abschlägig beschieden worden. Einigen vom Verbandskassierer, Kollegen Klein, gestellten Anträgen, die sich auf die Verbandshaus- Aktiengesellschaft beziehen, wurde stattgegeben.

Weiter wurde Stellung genommen zur Wohnungsfrage. Unter Hinweis auf die Notlage der Wohnungsmarkte, die zweifellos noch eine Verschärfung erfahren wird, bestrich Kollege Hartmann den auch im Verbandsorgan bereits kritisierten Erlaß der preussischen Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten, der nicht in der Lage ist, die erforderliche schlüssige Abhilfe zu schaffen. Nachstehende Entschliebung fand dazu Annahme:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Kirch-Dunder) begrüßt zwar die im Ausschreiben der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern gemachten Vorschläge zur Verbindung einer außerordentlichen Wohnungsnot, hält sie aber nicht für ausreichend. Vielmehr sieht der Zentralrat auf dem Boden der weitergehenden und umfassenderen Leitlinie, die in der Versammlung des Deutschen Wohnungsausschusses am 30. Oktober 1917 in Berlin beschlossen worden sind. In ihnen erblickt er eine geeignete Grundlage zur wirksamen Beseitigung der Wohnungsnot und zur erfolgreichen Abwehr einer sonst unermesslichen Wohnungsnot.“

Über diese Leitlinie hinaus erachtet es der Zentralrat aber für besonders dringlich, daß jetzt schon mit der Bereitstellung von Baumaterialien für den Kleinwohnungsbau begonnen werde. Die Beschaffung von Bauholz, die Wieder-Inbetriebsetzung der Ziegeleien und Kalkwerke muß, nötigenfalls unter Heranziehung von Kriegsgefangenen, sobald beginnen, und die rechtzeitige Freigabe von militärisch beschlagnahmten Baustoffen ist sofort sicherzustellen. Die Festsetzung niedriger Fahrpreise für den Raab- und Borsortverkehr zur Förderung der dringend notwendigen Siedlungs-politik ist ständig im Auge zu behalten.

Solche Maßnahmen liegen im Interesse der breiten Massen und dürfen nicht bis unmittelbar vor oder gar bis Friedensschluß zurückgestellt werden, wenn man unser Volk gesund, leistungsfähig, moralisch und wirtschaftlich stark erhalten will.“

An die Arbeiterorganisationen ist das Erindern gerichtet worden, sich an privaten Sammlungen für Kriegsbeschädigte zu beteiligen zu dem Zwecke eine Erhöhung der reichsweiten Renten in besonderen Fällen zu ermöglichen. Trotz schwerer Bedenken, die in der Ausdrucks vorgebracht wurden, soll zunächst mit den übrigen Organisationsrichtungen über den Plan eine Verständigung versucht werden. Ein Antrag der Verbandsleitung, in Anbetracht der erhöhten Herstellungskosten für das Verbandsorgan eine Erhöhung des Abonnementpreises für die Pflicht-exemplare herbeizuführen, wurde vertagt, damit die Hauptleitungen vorher dazu Stellung nehmen können. Zum Schluß berichtete Kollege Hartmann über eine Ortsverbandskonferenz in Stettin, eine Ortsverbandsversammlung in Dresden und eine Besprechung mit Vertretern der Zentralkommission deutscher Arbeiterverbände Österreichs in Praa, und der Kollege Lewin über die Ortsverbandskonferenz in Gagen.

**Neue Bestimmungen des Sausarbeitgesetzes** vom 20. Dezember 1911 treten mit Beginn des neuen Jahres in Kraft. Es sind dies die in den §§ 3 und 4 enthaltenen Vorschriften, betr. Auslage von Lohnverzeichnissen oder Auslagen von Lohnzetteln sowie Ausübung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln an Sausarbeiter. Ferner hat der Bundesrat die zu diesen Paragraphen erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen, über die wir in Nr. 83/84 vom 20. Oktober d. J. genauere Mitteilungen gemacht haben. Wir machen die in der Heimarbeit beschäftigten Kollegen und Kolleginnen hiermit nochmals auf das Inkrafttreten dieser Bestimmungen aufmerksam und raten ihnen in ihrem eigenen Interesse darauf zu achten, daß diesen Vorschriften, auf deren Erlaß so lange gewartet werden mußte, nun auch wirklich überall Rechnung getragen wird.

Über Lohnbuchungen hat der Bundesrat eine am 20. d. M. in Kraft tretende Verordnung erlassen, die im wesentlichen folgendes besagt:

